tatistische „Rationalisierung" wird auch sie noch in das Millionenheer der zum Hungertod Verurteilten einverleiben. Vorläufig kündigt sich diese Rationalisierung ihnen an im verlängerten Arbeitstag mit verkürztem Arbeitslohn, in der Beseitigung aller Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte usw. und in der Steigerung der Arbeitsintensität. Niemand glaube sich vor dieser drohenden Verelendung gesichert. Der Kampf, den die Erwerbslosen führen und zu dem sie vor allem die freigewerkschaftlichen Arbeiter aufrufen, ist der Kampf, der das Gesamtproletariat angeht. Wer hier zurückbleibt, hilft sich selber schlagen. Am 27. Juli haben die Massen nicht nur zu demonstrieren und ihre Delegierten zur Landeserwerbslosenkonferenz zu wählen, sondern auch ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck zu bringen, mit dem Proletariat im Reich auf dem künftigen Kongreß der Werktätigen für eine weitere Steigerung des Abwehrkampfes bis zum Sieg des Proletariats zu sorgen.

Die Rote Front

Mannheim. Der Rote Tag in Speyer wurde durch die bayrische Regierung verboten. Das Verbot kam erst am Sonnabend abend in die Hände des Gauleiters des RFB., so daß es nicht mehr allen Ortsgruppen zur Kenntnis übermittelt werden konnte. Das Verbot ist damit begründet, daß der Rote Tag eine politische Veranstaltung sei. Trotz starkem Gendarmeriegeleit marschierten über 700 Arbeiter aus der Pfalz und dem Saargebiet nach Speyer. Im Laufe des Tages kam es zu verschiedenen kleineren Zusammenstößen mit der Gendarmerie. Als sich ein Trupp auf dem Heimwege nach dem Bahnhof befand, wurde dieser von der Gendarmerie überfallen. Die Gendarmerie hieb wahllos mit Gummiknüppeln und Säbeln auf die Passanten ein. Frauen und Kinder wurden rücksichtslos niedergeschlagen. Ueber 20 Verletzte kommen auf das Konto der brutalen Polizeimaßnahmen.

Hamburg. Der 2. Gautag des RFB. wurde zu einem überwältigenden Aufmarsch der gesamten Hamburger Arbeiterschaft. Obwohl die Demonstrationen am Sonnabend abend durch das Verbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schönfeld arg beeinträchtigt waren, nahmen sie einen glänzenden Verlauf. Ueber 10 000 uniformierte Rotfrontkämpfer nahmen an dem Umzug vom Lübecker Tor nach dem Stadtpark trotz der großen Hitze, unter starker Beteiligung der Hamburger Arbeiterschaft teil. Unter einem Wall von roten Fahnen demonstrierten über 20 000 bis 30 000 Arbeiter Hamburgs und immer größere Scharen schlossen sich dem, von der Bevölkerung aufs lebhafteste begrüßten Demonstrationszug an.

Ein Kabinett Herriot

Paris, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Herriot ließ um 12,30 Uhr mittags eine Mitteilung veröffentlichen, daß er spätestens bis abends ein Kabinett bilden werde. Sein erster Versuch, eine Regierung auf breitester Basis von den bürgerlichen Linken bis zur Gruppe des ehemaligen nationalen Blocks zustande zu bringen — also eine sogenannte „Regierung der republikanischen Konzentration — ist gescheitert. Der Versuch Herriots, die Sozialisten zur Beteiligung an einer Linkskartell-Regierung zu gewinnen, hatte einen Mißerfolg. Nun wird Herriot versuchen, eine Regierung aus den Parteien des ehemaligen Linkskartells und des gemäßigten Zentrums zustande zu bringen. Er hofft, dann die sozialistische Unterstützung zu erhalten, indem er einen Teil des sozialdemokratischen Sanierungsprogrammes mit in sein eigenes kapitalistisches Sanierungsprogramm übernimmt. Trotzdem ist es vollkommen unklar, wie Herriot seine Regierungsmehrheit zustandebringen soll. Bei der entscheidenden Sonnabend-Abstimmung zeigte sich nämlich eine Spaltung innerhalb aller Parteien, so daß sich fast alle Parteien Gruppen ihrer eigenen Partei bei den Gegenstimmen gegenübersahen. Sogar Herriot hatte in der eigenen Partei bei der Abstimmung die Mehrheit gegen sich.

Der Frankensturz ging heute weiter. Das Pfund begann morgens mit **229 Franken, stieg bis auf 235 Franken** und ging dann am Nachmittag wieder auf 227 Franken zurück. Die heftige Krise, die vollkommene Konfusion innerhalb aller parlamentarischen Gruppierungen der bürgerlichen Parteien bewirken diesen Frankensturz. Spekulanten nützen das politische Chaos aus. Der belgische Frank blieb dagegen mit 215 Franken für 1 Pfund ziemlich stabil.

Die „Vossische Zeitung" berichtet, daß in Washington eine große Unruhe über die neue französische Regierungskrise herrsche. Die amerikanischen Bankiers wollen mit kräftiger Faust dazwischenfahren, um sich die Regierung zu schaffen, die sie haben wollen. Sie wollen im französischen Dawesplan vorsehen, daß die deutschen Zahlungen über den Transfer-Agenten Gilbert einfach als französische Schuldentaten direkt an die Vereinigten Staaten geleitet werden. Man erklärt, in Washington, daß ohne die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens Frankreich keine amerikanischen Kredite oder Anleihen erhalten würde.

Die neuen Minister

Noch gestern abend, um 7 Uhr waren die Bemühungen Herriots, sein Kabinett zusammenzubringen, erfolglos. Briand und Poincaré hatten ihre Mitarbeit abgelehnt. Die Rechtsparteien machten scharfe Opposition, die Demokratische Union wies ebenfalls auf Schwierigkeiten hin. Die Kleinbürger veranstalteten weitere Kundgebungen. Eine Anzahl Journalisten, die man für Abgeordnete hielt, wurden angegriffen.

Gegen 11 Uhr abends hatte Herriot sein Kabinett gebildet. Die neuen Minister sind:

Ministerpräsident und Auswärtiges: Herriot, Finanzen: De Monzie, Justiz und Elsaß-Lothringen: Colrat, Inneres: Chautemps, Krieg: Painlevé, Marine: Reynes Renault, Unterricht: Daladier, Oeffentliche Arbeiten: André Hesse, Handel: Loucheur, Ackerbau: Queuille, Kolonien: Dariac, Arbeit: Pasquet, Unterstaatssekretäre: Präsidentschaft: Bonnet, Auswärtiges: Mithaud, Finanzen (Schatzamt): Jacquin, Budget: Paul Morel, Luftfahrt: Nahaglia, Oeffentliche Arbeiten: Bazille, Befreite Gebiete: Maitre, Handelsmarine: Malaure, Krieg: Doumenils. Ferner ist neu geschaffen worden ein Oberkommissariat für Einwanderung und Naturalisation, das Charles Lambert übertragen worden ist. Die Verlesung der Regierungserklärung in der Kammer wird nicht vor Donnerstag erwartet.

Das Kabinett des schnellen Todes

Programmlosigkeit und Panikstimmung

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Herriot-Regierung zustande gekommen ist, wird bereits davon gesprochen, daß sie einen nicht geringen Widerstand in der Kammer und im Senat zu erwarten hat. Während in der Kammer diese Widerstände weit in die Kreise Herriots hineinreichen, wo sogar Malvy offen von ihm abrückt, ist im Senat eine so feindliche Stimmung, daß ein Kabinett Herriot voraussichtlich bereits den ersten Konflikt mit dieser Versammlung nicht überleben wird, wenn nicht die Kammer vorher dem neuen Ministerium einen schnellen Tod bereitet, wie dies allgemein geäußert und angenommen wird. Die ausgesprochene Programmlosigkeit der gebildeten Regierung ruft größte Befürchtungen hervor. An der Börse herrscht eine ausgesprochene Panikstimmung. Auf den Pariser Börsen hat ein Sturm eingesetzt, der sich auch auf die Provinz übertragen hat.

Verbrecher bei den Behörden

Aus dem Sumpf der deutschen Republik

Die Enthüllungen über die engen Verbindungen zwischen den verbrecherischen Elementen der „Vaterländischen" und den Polizei- und Justizbehörden der Republik, die Monat auf Monat und Woche auf Woche an Zahl zunehmen, zeigen drastischer als vieles andere, welch widerliche Blüten auf dem Sumpfboden der bürgerlichen Republik gedeihen. Der bürgerliche Staatsapparat, dieses Machtinstrument der Kapitalisten, hat zum Schutze der „Aufrechterhaltung von Gesetz und Recht" ein enges Bündnis mit der Konterrevolution und ihrem Mordgesindel geschlossen.

Ein treffendes Beispiel ist dafür die Ermordung des Dienstmädchens Sandmeyer im Jahre 1920, die nur durch die Unterstützung des Polizeikommissars Glaser, der dem Mörder einen Auslandspaß ohne Innehaltung der Vorschriften verschaffte, durchgeführt werden konnte. Als der damalige Abg. Gareis dieses Verbrechen enthüllte, durch das der damalige Leiter der politischen Polizei und jetzige judenfresserische Reichstagsabgeordnete Frick und der Kommissar Glaser kompromittiert wurden, erschien Schweikhardt, der Mörder der Sandmeyer, mit einem gefälschten ungarischen Paß, den ihm die Münchener Polizeidirektion lieferte, am 8. Juni 1921 in München. Am 9. Juni wurde Genosse Gareis ermordet, am 11 Juni war der Schurke Schweikhardt wieder in Salzburg. Das erforderliche Visum für diesen falschen Paß verschaffte ihm ebenfalls die Münchener Polizeidirektion. Die Handlanger dieser Verbrecher sind heute noch ausführende Organe der Republik. Wen wundert es dann, wenn die Aufdeckung der Fememorde verhindert, wenn die Mörder frei und unter dem Schutze hoher und höchster Stellen herumlaufen und die Urheber der Morde, wie das der Verlauf des Pannierprozesses zeigte, von „jedem Verdachte gereinigt" werden durch die Gerichte der von Ebert und Noske geschaffenen „Republik"? Es nimmt auch nicht wunder, wenn die Niederträchtigkeiten der beamteten Banditen immer frechere Formen annahmen. Wir berichteten schon vom

Falle Oberdöster.

In Düsseldorf wurden zwei kommunistische Sekretäre unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet. Als Beweismaterial diente ein Brief, den beide verfaßt haben sollten. Jetzt stellt es sich heraus, **daß der Brief von der Spionageabteilung der Polizei selbst geschrieben worden ist!**

Die Genossen wurden daraufhin entlassen, die verbrecherischen Beamten aber sitzen noch auf ihren Posten.

Ein äußerst bezeichnender Fall, der sowohl kriminelle als politische Momente zeigt, ist der nunmehr fest umrissen erscheinende

Fall Haas in Magdeburg.

Wie wir bereits berichteten, wurde dort der Großindustrielle Haas unter Mordverdacht verhaftet. Die Polizei beeilte sich, diese Meldung im ganzen Reich zu verbreiten. Man ist nicht gewöhnt, daß die Polizei sich so beeilt, wenn es gegen Kapitalisten oder ihre Söldlinge geht, und war daher geneigt, zu sagen, daß „endlich einmal die Polizei auch einen großen Verbrecher faßt. Man hat sich getäuscht — die Polizeibehörde hat auch hier nur ein Verbrechen an das andere gereiht. Es stellt sich heraus, daß zwischen dem Mörder, dem ehemaligen Reichswehrpionier Schröder, einem vollkommen verkommenen Subjekt, und dem die Verhaftungsaktion leitenden Kriminalkommissar Tenholt enge Bande geknüpft waren, nämlich die der **gemeinsamen Zugehörigkeit zur antisemitisch-nationalistischen Bewegung.** Der Kommissar ist Mitglied des Stahlhelms und hat schon lange vor der Aktion Drohungen gegen den Juden Haas ausgestoßen und immer betont, daß er „ihm eins auswischen will".

Nunmehr ist einwandfrei festgestellt, daß Schröder, der bereits den eigenen Vater und seine Mutter umgebracht hat, auch an dem ehemaligen Buchhalter des Industriellen Haas Raubmord verübt hat. Bei seiner Verhaftung konstruierte er, vielleicht mit Hilfe des Kriminalkommissars, die „Anstiftung zum Mord durch Haas". Dabei wird nunmehr festgestellt, daß von den Steuerfunzen ein anderer ehemaliger Angestellter weit besser unterrichtet war, als der Ermordete, und daß von diesem die Anzeige bei der Steuerbehörde ausging. Haas verlangte Gegenüberstellung des Schröder und erklärte, diesen überhaupt nicht zu kennen. Auch ein gewisser Fischer, von dem Schröder behauptete, durch diesen mit Haas bekanntgemacht worden zu sein, leugnet das. Trotzdem hat der Untersuchungsrichter eine Konfrontierung abgelehnt. Dafür aber hat derselbe Untersuchungsrichter Kölling den Verkehr zwischen Schröder und seinen Angehörigen nach dessen Verhaftung geradezu begünstigt. Außerdem wurde festgestellt, daß unter der stillen Duldung des Kölling der Kriminalkommissar einen „Kassiber" an Schröders Braut befördert hat.

So fürsorglich behandeln die Beamten der Republik einen Mörder nur wegen dessen Zugehörigkeit zu einer völkisch-antisemitischen Organisation! Der Justizschmach der Ebert-Hindenburg-Republik reiht sich die Polizeischande würdig an. Die Früchte des Zurückweichens der Arbeiterschaft durch verräterische Führer vor den Konsequenzen des revolutionären Klassenkampfes reifen furchtbar. **Es wird höchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft beginnt, den Sumpf der kapitalistischen Republik radikal zu roden!**

Hetze gegen die Roten Gewerkschaften

Da die Opposition in den Gewerkschaften immer stärker im Wachsen begriffen ist — fast alle letztens in Dresden tagenden großen Versammlungen verlangen den Ausschluß der Verräter aus ihren Reihen —, versucht die Gewerkschaftsbureaukratie ein Ablenkungsmanöver mit einer Hetze gegen die Roten Gewerkschaften. Selbstverständlich gibt das Blatt der Arzt und Edel gern seine Seiten, um die reformistischen Renegaten im Kampf gegen die Kommunisten zu unterstützen.

Gestern bringt die Tante vom Wettinerplatz in großer Aufmachung einen Artikel über die angebliche „Gewerkschaftspolitik der Russen". Hier wird ein angeblicher Bericht über die Tagung der Moskauer Textilarbeiterorganisation aus dem Zusammenhang gerissen und einfach zum großen Teil gefälscht, zur „Rechtfertigung" der Amsterdamer Gewerkschaftspolitik benutzt. Die Arbeiter, heißt es, seien durch staatlichen Zwang in die Gewerkschaften gepreßt. Jetzt seien gegen 589 000 Mitglieder, vom 1. Januar 1925 761 000 Mitglieder, das sind 92,5 Prozent, in der Organisation. Dann erzählt der Gewerkschaftsbonze ein Märchen von großen Unterschlagungen, davon, daß die Gewerkschaften nur im Interesse des staatlichen Unternehmers gearbeitet hätten usw. Nun, erstens, wenn die Gewerkschaften nur im Interesse des Unternehmers gearbeitet hätten, dann wäre doch die Mitgliederzunahme nicht. Zweitens, wären die Mitglieder durch staatlichen Zwang in den Gewerkschaften, dann ist es doch verwunderlich, daß die nach den Sozialdemokraten so brutalen bolschewistischen Machthaber es nicht fertig gebracht haben, schon seit Jahren alle Arbeiter in den Verband zu zwingen, sondern erst im letzten Jahr 200 000 Mitglieder neu eintraten, und dann, das muß ein sehr schwacher Staat sein, der vor 7,5 Prozent der Textilarbeiter mit seinen Zwangsmaßnahmen Schluß machen muß.

Der Artikel trägt die Lüge und Verleumdung zu deutlich an der Stirne geschrieben, als daß auch nur ein Arbeiter darauf hereinfallen sollte.

Gewiß ist die Stellung der russischen Gewerkschaften zum Staat und seinen Betrieben eine andere als wie die der deutschen. Während in Deutschland die Gewerkschaften Kampforganisationen gegen das Privatkapital sein müßten, sind die Gewerkschaften in Rußland gleichzeitig Aufbauorganisationen der Arbeitermacht. Sie haben dabei die Aufgaben, über das Wohlergehen und die Lebenslage der Arbeiter zu wachen und dafür zu sorgen, daß der Lebensstandard der Arbeiter gehoben wird.

Was der Artikelschreiber über die Ausbeutung durch den russischen Staat schreibt, ist zu dumm als daß man darauf eingehen soll.

Zum Schluß hängt dann der Renegat aber die Schelle um. Er schreibt:

„Die russischen Gewerkschaften und die europäischen Kommunisten sind daher die letzten, die ein Recht haben, an den Amsterdamer Gewerkschaften Kritik zu üben. Und da im Zusammenhang mit dem englischen Bergarbeiterkampf von kommunistischer Seite neuerdings Stimmung für die sogenannte „Einheitsfront" mit der Roten Gewerkschaftsinternationale gemacht wird, muß man ganz kühl die Frage aufwerfen, ob die russischen Gewerkschaften **als abhängige Werkzeuge des staatlichen Unternehmertums in Sowjetrußland** überhaupt als **gleichberechtigte Arbeiterorganisationen im wahren Sinne des Wortes anerkannt werden können."**

Der unverschämte Bursche wagt es, die sozialistischen Betriebe Rußlands und die Gewerkschaften gleichzeitig zu beschimpfen. Der Zweck ist, die Einheitsfront des internationalen Proletariats zu verhindern. Schamlos zieht der Renegat dabei noch den englischen Bergarbeiterstreik heran, gerade den Streik, wo die Amsterdamer beweisen, daß ihre gesamte Solidarität schon lange vor die Hunde gegangen ist.

Die ehrlichen Arbeiter in den Gewerkschaften werden diesen Hetzartikel mit Entrüstung zurückweisen und denselben mit einer verstärkten Kampagne für die internationale Einheit beantworten.

Ein aufgewärmter Schwindel

Das Wettinerplatz-Reptil überschlägt sich in den letzten Tagen in Rußlandhetze. Die Tintenkleckser wollen wahrscheinlich den Vehkeleuten beweisen, daß sie keine „Moskauer Agenten" sind, wie sie von den 23 tituliert werden. Sie brauchten sich wahrlich keine solche sonderliche Mühe zu geben. Jeder Arbeiter weiß, daß trotz allem Scheinradikalismus die Arzt-Edel-Sachs und Genossen Sowjetrußland im tiefsten Grunde ihres Herzens hassen. Dafür haben sie oft genug Beweise gebracht. Daß sie keine Revolutionäre sind, haben sie ständig gezeigt. Gestern passierte der „Volkszeitung" aber bei ihrer Hetze ein arges Mißgeschick. Schon am Sonnabend fielen sie mit der „Täglichen Rundschau" und dem Potemkinschwindel herein. Gestern nun wärmen sie eine vor 8 Tagen im „Dresdner Anzeiger" erschienene Notiz über angebliche Erwerbslosen-Unruhen in Rußland wieder auf. Schon vor 8 Tagen haben wir dem „Anzeiger" und dem „Vorwärts", der die Schwindelmeldung, ebenfalls damals brachte, nachgewiesen, daß sie Berlin mit Moskau verwechselt hatten. Heute müssen wir das der „Volkszeitung" wiederholen. Wir empfehlen der Redaktion der „Volkszeitung", doch endlich geschickter und aktueller zu schwindeln.

„Enthüllungen"

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse eifert im edlen Wettstreit mit Enthüllungen über die Kommunistische Partei Deutschlands oder die Internationale.

Während die „Volkszeitung" immer wieder Stetter anzieht und über „Zersetzung in der KPD Württemberg" verkündet, reckt der „Anzeiger" sich ein größeres Ziel. Er sieht schon die Zertrümmerung der Russischen Kommunistischen Partei und der Internationale. Wir verstehen die Wünsche der kapitalistischen Kreise in Deutschland sehr gut. Der Ruf der Leipziger Tagung der Industriellen: „Unsere Zukunft liegt im Osten" war zu deutlich mit Kommentar umgeben. Man meint ein kapitalistisches Rußland. Durch die gemeinsam geführte Kampagne der SPD- und bürgerlichen Presse will man die steigenden Sympathien der Arbeiter für Sowjetrußland unterdrücken. Dann hofft man auf ein Wunder, daß in Rußland Zersetzung eintreten möge.

Da eine solche nicht vorhanden ist, muß man sie eben zurechtlügen. Der „Anzeiger", der schon vor einigen Tagen über Zersetzung in Moskau geschrieben hat, verbreitet gestern eine neue Schwindelmeldung über Opposition in der russischen Partei. Zur Abwechslung verlegt er diesmal den Herd der Opposition nach Baku. Dort habe die Opposition einen Brief gegen die Parteileitung geschrieben, in dem sie diese der Vorschubleistung kleinbürgerlicher Bestrebungen bezichtige. Die Parteileitung verliere sich in kleinbürgerlichen Experimenten auf dem Wirtschaftsgebiet. Die Parole der Sowjetunion müsse sein: „Freien Weg dem ausländischen Kapital für Konzessionen im Sowjetgebiet".

Der Wunsch der deutschen Kapitalisten kommt hier allzu deutlich zum Ausdruck. Was sie gern möchten, unterschieben sie einer angeblichen Opposition. Dabei ist die Hetze sehr ungeschickt. Sie erklären, die Opposition sei gegen die Kleinbürger, für den Großkapitalismus. Gleichzeitig schwindelt der „Anzeiger" drauflos, die Opposition sei gegen den „russischen Nationalismus" der Parteileitung, jedoch erkläre sie gleichzeitig, da die Arbeiter der anderen Länder Rußland nicht helfen könnten, sei die Internationale überflüssig.

Nach dem Erguß des „Anzeigers" wird man wohl nicht mehr allzulange zu warten brauchen, und sein „Sonderberichterstatter aus Moskau", der allem Anschein nach über die Breite Straße noch nicht hinausgekommen ist, wird schreiben, daß die Opposition der KAP nichts sehnlicher erwarte, als daß Hindenburg nach Rußland komme, um Rußland zu retten, so wie er Deutschland gerettet hat.

Die Ferien-Regierung

Kanzler und Reichswehrminister wollen in die Ferien. Vorher wurden noch ein paar Angelegenheiten durchgehechelt. Man besprach die Note der alliierten Kommission und den Konflikt mit der Reichsbahn. Beide Fälle wurden als noch nicht zu erledigen erklärt. Man braucht Ferien. Auch wurde, sicherlich zum Entsetzen aller Patrioten, noch nicht geklärt, wohin das Reichsehrenmal kommen soll.

Neue Opfer der Dawesbahn

Leipzig, 19. Juli. **(Telunion.) Heute nachmittag entgleisten an dem Bahnhof Leipzig-Plagwitz die Lokomotive und 5 Wagen eines Personenzuges. Ein Reisender wurde getötet und 6 leicht verletzt.**

Russisch-französische Verhandlungen

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Botschafter von der Sowjet-Union in Paris, Genosse Rakovski, ist am 19. Juli zwecks weiterer Stellungnahme zu den Fortführungen der französisch-russischen Verhandlungen nach Moskau geflogen.

Textilarbeiterstreik in Polen

Warschau, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach den ergebnislosen Verhandlungen der Textilarbeiter von Byalistok und Umgegend mit dem Unternehmertum über eine Lohnerhöhung von 37 Prozent entsprechend dem Teuerungsindex sind die Textilarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Kampf getreten.

Streikbrecherarbeit

Krakau, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die verstärkte Kohlenausfuhr seit dem englischen Bergarbeiterkampf hat zur Einstellung von weiteren 7000 Bergarbeitern in Schlesien geführt. Mit der Einstellung weiterer Bergarbeiter ist zu rechnen.

Kämpfe in China

Peking, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Während die Truppen der Kanton-Regierung weiter nach Norden vorrückten, versuchten die Wupeifu-Truppen den Durchzug durch den Nankaupaß zu erkämpfen, jedoch bisher ohne Erfolg.

SLUB
Wir führen Wissen.